

Ersteinstufige
nachmitt. mit Annahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.50 Mk.
jährlich 5.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. extra Postgebühr.

„Die Neue Welt“
(Anhaltungsbeilage),
monatlich 10 Pfg.

**Verantwortl. Redaktions-
Leitung:** Dr. Max
Expedition: Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse:
Volkswirtschaftl. Halle a. S.

Volkswirtschaft

Insertionsgebühr
betragt für die 500 Zeilen
pro Seite oder deren Raum
20 Pfennig.
Für ausserhalb der Provinz
35 Pfennig.
Im rekognosizierten Blatt
habet die Seite 75 Pfennig.

Interate
für die kleine Nummer
müssen spaterens die vor-
mittags halb 10 Uhr in der
Kasse abgehoben werden.
Einzelne in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Wuerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. in Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Zurückführung der Niedertrampeln.

Am Reichstage wurde die sogenannte Beratung der sogenannten Reichsversicherungsordnung sozusagen fortgesetzt. Fortgesetzt wurde auch das hartnäckige Schweigen der Mehrheit, die höchstens einmal vom Scholastikensyndikus Gieseemann und vom Innungsbratener Viehschlag unterbrochen wurde. Weiter fortgesetzt in Eigne gehalten das Niedertrampeln aller Änderungsanträge, ein Geschäft, das die Mehrheit mit der Grogie beehrte, mit der ein ausgemerktes Mißverhältnis in einem Weisfeld zu kaufen pflegt. Aber wir wollen nicht ungerecht sein. Selbst der schweigende Arbeitslohn der Trampeln vom Bruch bis Wassermann ließ sich einmal herbei, einen sozialdemokratischen Antrag anzunehmen. Es handelte sich um eine Niedertrampeln in der Fassung, die, wenn sie bestehen geblieben wäre, eine schwere Schädigung der Bergarbeiter bedeutete hätte. Das war aber auch die einzige Ausnahme vom eintönigen Niedertrampeln der Ablehnungsquillotine. Sonst verlief die Sitzung ohne Zwischenfälle und erreichte ein ziemlich fruchtloses Ende, die die Mehrheit gegenstandslos Kraft sammelt zu dem am Donnerstag in Eigne gehaltenen Abänderung der proletarischen Selbstverwaltung der Krankenkassen. Genosse Emmel wies überzeugend für jeden Nichterfahrener die Schädlichkeit der Betriebskrankenkassen nach und die Genossen Bursch, Leber, Wolfenbühl, Koch, Robert Schmidt u. a. kämpften eifrig, wenn auch vergebens, um jeden Fußbreit Bodens.

Selbst bei der Frage, ob der Hammer mit dererspaltung der Kräfte in der Krankensicherung aufrecht erhalten werden soll oder nicht, herrschte bei den Kompromissparteien dieselbe Gleichgültigkeit wie bisher. Nur bei den allenwichtigen Anträgen fand überhaupt eine wirkliche Debatte statt. In den meisten Fällen wurden wiederum die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge lumpförmig abgelehnt, ohne daß die Vertreter der Mehrheitsparteien auch nur ein Wort bei den Erörterungen sagten.

Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen sollten nach dem ursprünglichen Entwurf in der Regel für den Bezirk eines Versicherungsums existieren. Die Kommission hat dies dahin veränderte, daß die Kassen innerhalb eines Bezirks existieren, so daß also in einem und demselben Bezirk mehrere kleine Kassen nebeneinander bestehen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Fassung des Entwurfs wiederhergestellt werde. Das wurde abgelehnt von den Kompromissparteien.

Neben der allgemeinen Ortskrankenkasse sollte nach dem Entwurf eine Landkrankenkasse existieren, wobei die Landkrankenkasse nicht mindestens fünfzig bis hundert Mitglieder haben würde. Die Kommission ließ in diesen Fällen eine besondere Landkrankenkasse schon dann zu, wenn sie mindestens 250 Pflichtmitglieder hat.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Fassung des Entwurfs wiederhergestellt werde. Das wurde abgelehnt von den Kompromissparteien.

Mitglieder der Landkrankenkasse sind außer den gewöhnlichen Arbeitern und Angestellten in der Landwirtschaft die Dienstboten, die im Handergewerbe Beschäftigten sowie die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten. Die Sozialdemokraten beantragten, daß wenigstens die Hausgewerbetreibenden und die Dienstboten, die nicht in der Hauswirtschaft der Landwirte beschäftigt werden, von der Schädigung durch die Auswahlbestimmung für die Landkrankenkasse befreit, also den Ortskrankenkassen als Mitglieder zugewiesen würden. Das wurde abgelehnt von den Kompromissparteien.

Die „besonderen Ortskrankenkassen“ für einzelne oder mehrere Gewerbearten oder Betriebsarten oder allein für Berufskräfte eines Geschäftszweigs sollen nach dem Entwurf unter gewissen Umständen erhalten bleiben. Die Sozialdemokraten beantragten, in erster Linie die Beschäftigung aller besonderen Ortskrankenkassen. Das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Hierauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens die kleinen besonderen Ortskrankenkassen mit 250 bis 490 Mitgliedern befreit würden. Das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Kerner beantragten die Sozialdemokraten, daß die besonderen Ortskrankenkassen nur dann zugelassen werden sollten, wenn die beizustellenden Beiträge in geheimer Abstimmung durch Mehrheitsbeschluß ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Betriebs- und Innungskrankenkassen nicht mehr zugelassen werden sollen. Das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Darauf beantragten die Sozialdemokraten, daß auch zur Errichtung der Betriebs- und Innungskrankenkassen die Zustimmung der Versicherten oder ihrer Vertreter erforderlich ist. Das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Fortschrittlers Guno.

Zur Saisonbetriebe sind Betriebskrankenkassen schon dann zugelassen worden, wenn die Mitgliedszahl der Mitglieder für zwei Monate vorhanden ist. Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieser Bestimmung. Das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Innungskrankenkassen sollen zugelassen werden, wenn sie auch noch 10 wenig Mitglieder haben. Die Sozialdemokraten beantragten, daß sie mindestens 500 Mitglieder haben müssen. Das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Eine Betriebskrankenkasse und Innungskrankenkasse darf nur errichtet werden, wenn sie den Vorschriften über die Beschäftigtenfähigkeit vorabender allgemeiner Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen nicht gefährdet.

Hierauf beantragten die Kompromissparteien eine weitere Versicherung, indem sie hinzufügen, daß eine Kasse dann nicht als gefährdet gilt, wenn sie nach der Errichtung der Betriebs- oder Innungskrankenkasse mehr als tausend Mitglieder besitzt. Das wurde mit Guro angenommen von allen bürgerlichen Parteien.

Die Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und besonderen Ortskrankenkassen werden nur dann zugelassen, wenn sie Leistungen gewähren, die den Satzungen der allgemeinen Krankenkasse gleichwertig sind. Dabei sollen Leistungen der maßgebenden Kasse, die noch kein volles Jahr gelten, nicht berücksichtigt werden. Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der letzten Bestimmung. Das wurde abgelehnt von den Kompromissparteien.

Außerdem soll die Gleichwertigkeit nur von vier zu vier Jahren festgestellt werden, wenn Tatsachen vorliegen, die die nähere Festlegung als nicht mehr zureichend erscheinen lassen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Gleichwertigkeit sofort festzustellen ist, wenn jene Tatsachen vorliegen. Das wurde abgelehnt von den Kompromissparteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Mitgliedschaft Versicherter während einer militärischen Lebung von nicht länger als acht Wochen ruht, sofern der Versicherte für diese Zeit seine Beiträge bezahlt. Er wäre damit von den Schereuren und Wehrlosen, die eine Rekrutenliste, namentlich in eine Betriebskrankenkasse verzeichnet, verdrängt gewesen. Das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Milliarde.

Einer parlamentarischen Korrespondenz entnehmen wir: Die Reichstagsmehrheit, die jetzt bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung über alle Verbesserungsanträge der Arbeitervertreter hinweg galoppiert, wie ein gutes Pferd über alle Süden springt, hat am letzten Dienstag die ersten großen Hindernisse genommen, indem sie die sozialdemokratischen Vorschläge zum Mutter- und Säuglingschutz mit übermäßiger Einnahme ablehnte. Herr v. Camp, der nie verlegen ist, am wenigsten dann, wenn es sich darum handelt, eine Ausrede zu finden, bezeichnet befanntlich die sozialistischen Anträge als „unannehmbar“, weil die Kosten viel zu groß seien. Er nennt aufs Geratewohl — eine Milliarde. Und damit wäre das Geschäft der Anträge entfallen gewesen, hätte nicht schon zuvor ihre Ablehnung festgehalten, da sie an der Spitze die Besetzung „Abrecht und Genossen“ trugen. Eine Milliarde! Man hört es und schaudert. Welche gewissenlose Geschäftlichkeit! Diese Sozialdemokraten, daß sie sich erdreisten, Anträge zu stellen, deren Durchführung eine Milliarde kosten würde!

Leber die Rechenmethode des Herrn v. Camp soll gar nicht getritten werden. Er und seine Kollegen hantieren ja stets mit einem doppelten Einnahmelein, sie nachdem es sich um Forderungen handelt, die ihnen gehen und nicht. Handelt es sich z. B. um eine Postenverlagerung: dann rechnet man nach dem Mutter 2x2 = 3, wenn es dagegen um eine Frage der Arbeiterwohlfahrt geht, wird das Gerumpel 2x2 = 5 in allen möglichen Variationen wiederholt. Das sind aber Kleinigkeiten, auf die es hier gar nicht ankommt, wo es sich um eine Frage des großen Prinzips handelt, und darum sollen dem Herrn von Camp die paar hundert Millionen, um die er sich verrechnet haben mag, ohne weiteres geschenkt sein.

Nehmen wir wirklich an, daß die Durchführung der sozialdemokratischen Forderung nach Wöchnerinnen- und Kinderzuschüsse eine blanko runde Milliarde kosten würde. Wohnt es sich, diese Milliarde aufzutreiben? Ist der Zweck wichtig genug? Diese Frage wird in recht verschiedener Weise beantwortet werden, je nach dem Standpunkt, von dem aus man sie betrachtet.

Die besitzenden Klassen werden mit einem Nein antworten. Für ihre Frauen und Kinder ist ja geforgt, und die Sorge um die Frauen und Kinder der anderen kann ihnen nichts einbringen als neue Steuern. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Aufbringung einer Milliarde jährlich nicht möglich ist ohne kräftigen Ausbau der Besteuerung. Die großen Erbschaften werden zuerst daran glauben müssen, dann kämen die großen Vermögen und Eintommen an die Reihe. Das deutliche Volk lohnt jetzt seinen beliebigen Klassen jenseits eine halbe Milliarde jährlich, die die Bourgeoisie

Englands und Frankreichs in Form von Erbschaftssteuern aufzubringen hat. Wären die sozialdemokratischen Anträge angenommen worden, dann wäre die Einführung einer ausgleichenden Meldesteuersatzsteuer sofort notwendig geworden. Und hierzu bedarf es unter beizuhaltendes Völkertum und das Junkertum erst recht!

Die Sache sieht erheischlich anders aus, wenn man sie mit den Augen der beizulassen Klasse betrachtet. Für sie bedeutet unter den jetzigen Verhältnissen die Vermehrung ihres „Kamillengeldes“ vermehrte Sorge, ob vermehrtes Elend und Siedhung. Man könnte patetisch werden und an die Krämen der Mutter erinnern, die dem hungernden Kinde die weiße Brust reißt, man könnte mit aller beizulassen bürgerlichen Kamillensentimentalität aufwarten, die die Spalten der Nomansatzungen will, wenn es darauf anlägt, an das Mißverhältnis zu appellieren. Aber die arbeitenden Klassen wollen ja keine Kamillen erheischen, sie wollen nicht haben, was sie sich nicht verdienen können, und darum genügt es, zu sagen, daß für sie die Durchführung der sozialdemokratischen Vorschläge einen gewaltigen Gewinn bedeuten würde. Wenn die besitzenden Klassen jammern: „Um Gotteswillen, eine Milliarde“, so kann es für die Besitzlosen nur umgekehrt heißen: „Er mit dieser Milliarde!“

Zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen gibt es aber noch ein Drittes: den Staat! Den Staat, der in seiner Wirklichkeit Klassenstaat ist, Werkzeug in der Hand herrschender Schichten, und der sich doch nur dadurch erhalten kann, daß er in seiner Idee Universalstaat, Zusammenfassung und Vertretung der Allgemeinheit ist. Dieser Staat hat — in der Theorie — ein ungeheures Interesse an dem Wohlergehen seiner Bürger; je gesünder und kräftiger sie sind, desto höher steigt die Leistungsfähigkeit, desto geringer wird der Ausfall, desto tiefer die Volkswirtschaft erleidet durch herabgesetzte Arbeitersfähigkeit seiner Bevölkerung, durch Vermehrung der Armenlosen. Für den Staat, im Sinne einer Vertretung der Allgemeinheit, könnte es daher keine mißlicher, keine rentablere Ausgabe geben als diese Milliarde, die der von den Sozialdemokraten geforderte Mutter- und Säuglingschutz nach den Angaben des Herrn v. Camp kosten würde. Wenn die Regierung aus hier wie immer auf der Seite der bürgerlichen kapitalistischen Mehrheit steht, so setzt sie sich damit in Widerspruch zur Idee des Staats und bekennt sich zum brutalen Wirklichkeit der Klassenherrschaft durch den Staat.

Sollen wir und unsere großen Nachbarstaaten Regierungen, die keine Klassenregierungen wären, dann dürfte die Fürsorge für die Mütter und für das heranwachsende Geschlecht an der Kostenfrage nicht scheitern. Eine Milliarde ist ja ziemlich viel Geld, aber den Finanzministern kann man mit ihr nicht mehr imponieren, die sind längst gewohnt, mit Milliarden zu rechnen, wo es um Steuern- und Fiskusfragen geht. Aber die kapitalistischen Regierungen der kapitalistischen Staaten sparen nicht an Rüstungskosten, damit wir den Wittern und den Kindern des Volkes helfen können!

Betrachtet man die Dinge genau, so merkt man, daß wir mit unserer bürgerlich-kapitalistischen Kultur noch immer nicht weit vom Kannibalismus heraufgerückt sind. Man wendet Milliarden und Abermilliarden auf, um ein großes Massenmorden vorzuführen, um Millionen kräftiger junger Leute von nützlicher Arbeit abzuhalten und hunderteausend Kanakkerpecher zu füttern. Wittern und Kinder läßt man aber massenhaft zugrunde gehen, weil es an Geld fehlt, ihnen zu helfen!

Genosse Julian Borchardt schreibt uns zu der Stuttgarter sozialdemokratischen Bürgermeister-Kandidatur: Es will mir scheinen, daß bei den Erörterungen über die Oberbürgermeisterkandidatur in Stuttgart ein wesentlicher Punkt bisher nicht genügend in den Vordergrund gerückt worden ist. Nach den übereinstimmenden Meldungen werden in Württemberg die Bürgermeister von der Gesamtheit der Bürger gewählt, und sogar auf Grund des allgemeinen, gleichberechtigten und direkten Wahlrechts. Ist dies der Fall, so kann eigentlich über die Frage, ob wir uns an solcher Wahl beteiligen sollen, kein Zweifel sein: die Beteiligung ist meines Erachtens selbstverständlich. Denn es handelt sich ja um ein Amt, das durch eigene Kraft erobert werden kann, aber nicht — wie in den Fällen Wülfering und Briand — um eine Berufung von oben. Innerhalb Umständen haben wir bisher solche Kämter, die durch Wahl zu erlangen sind, zu erobern gesucht, und die Stuttgarter Genossen tun nur recht daran, wenn sie das auch in diesem Fall versuchen. Daß der König hinterher die Wahl bestätigen muß, ändert hieran nicht das geringste. Somit wäre wahrlich der Eid, den z. B. die Abgeordneten mancher Landtage schwören müssen, ein härteres Hindernis. Ob der König einen gewählten Sozialdemokraten bestätigen will oder nicht, berührt man er sich mit seinen Ministern selbst den Kopf schneiden. Nur er es nicht, nun, so wird eben von neuem gewählt, und zwar möglichst wieder ein Sozialdemokrat, und das so lange, bis die Beschäftigung erzwungen wird. Kommt darüber die Verwaltung der Stadt in Anordnung, so ist daran der Verzug der Beschäftigung schuld, aber nicht wir.

Ebenso selbstverständlich scheint mir, daß ein Oberbürgermeister alle diejenigen Pflichten erfüllen muß, die sein Amt ihm auferlegt. Dafür wird er gewählt und dafür wird er be-

Ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister?

Genosse Julian Borchardt schreibt uns zu der Stuttgarter sozialdemokratischen Bürgermeister-Kandidatur:

Es will mir scheinen, daß bei den Erörterungen über die Oberbürgermeisterkandidatur in Stuttgart ein wesentlicher Punkt bisher nicht genügend in den Vordergrund gerückt worden ist. Nach den übereinstimmenden Meldungen werden in Württemberg die Bürgermeister von der Gesamtheit der Bürger gewählt, und sogar auf Grund des allgemeinen, gleichberechtigten und direkten Wahlrechts. Ist dies der Fall, so kann eigentlich über die Frage, ob wir uns an solcher Wahl beteiligen sollen, kein Zweifel sein: die Beteiligung ist meines Erachtens selbstverständlich. Denn es handelt sich ja um ein Amt, das durch eigene Kraft erobert werden kann, aber nicht — wie in den Fällen Wülfering und Briand — um eine Berufung von oben. Innerhalb Umständen haben wir bisher solche Kämter, die durch Wahl zu erlangen sind, zu erobern gesucht, und die Stuttgarter Genossen tun nur recht daran, wenn sie das auch in diesem Fall versuchen. Daß der König hinterher die Wahl bestätigen muß, ändert hieran nicht das geringste. Somit wäre wahrlich der Eid, den z. B. die Abgeordneten mancher Landtage schwören müssen, ein härteres Hindernis. Ob der König einen gewählten Sozialdemokraten bestätigen will oder nicht, berührt man er sich mit seinen Ministern selbst den Kopf schneiden. Nur er es nicht, nun, so wird eben von neuem gewählt, und zwar möglichst wieder ein Sozialdemokrat, und das so lange, bis die Beschäftigung erzwungen wird. Kommt darüber die Verwaltung der Stadt in Anordnung, so ist daran der Verzug der Beschäftigung schuld, aber nicht wir.

Ebenso selbstverständlich scheint mir, daß ein Oberbürgermeister alle diejenigen Pflichten erfüllen muß, die sein Amt ihm auferlegt. Dafür wird er gewählt und dafür wird er be-

hofft. Das dazu — wenigstens beim Bürgermeister einer Hauptstadt — auch ein amtlicher Vermerk von dem König ge-
hören kann, leuchtet mir ein. Und ich sehe nachdrücklich keinen Grund, weshalb ein Sozialdemokrat den ablehnen sollte. Der König ist ein Beamter, so gut wie der Bürgermeister, und wenn die Angelegenheiten der Stadt es nötig machen, daß der Bürgermeister mit dem König zusammen kommt und verhandelt, so kann ich keinen vernünftigen Grund, weshalb er das nicht tun sollte. So gut wie ein Sozialdemokrat ist gewiß in die Lage kommt, mit Regierungsräten, Präsidenten und Ministern Rücksprache zu nehmen, ebenso gut kann er es auch mit dem Staatsbeamten, der den Titel König führt. Kränzlich, freierliche Lebensarten und Schmeichelei sind ein Sozialdemokrat nicht machen. Aber wenn nun deswegen der König mit dem Sozialdemokraten nicht mehr zusammen kommen will — na, dann läßt er's eben bleiben. Und dann wird sich zeigen, daß entweder die Geschäfte der Stadt auch ganz gut ohne solche Zusammenkünfte geführt werden können — oder, wenn das wirklich nicht gehen sollte, dann liegt wiederum die Schuld an der Störung und Zerrung ganz auf Seiten des Königs.

Die oben erwähnten Erwägungen heraus, kann ich dem Genossen Lindemann nur raten, wenn er erklärt, daß Parteitagsschlußfälle der Kandidatur und der Ausübung des Amtes nicht im Wege stehen. Nur ist in der Tat auch kein Bedürfnis eines Parteitagsschlusses nach einer Parteioffiziellen bekannt, der das verneint. Und wenn die Kandidatur des Sozialdemokraten von einem Parteivertreter jedes Verlebens mit der Krone" redet, so ist in, glaube ich, sehr auf dem Solange. Wo und wann hätte die Partei jeden Verlebens mit der Krone verboten? Und wie sollte sie einen solchen Verlebens begründen? Das wäre ja ganz verwerflich. Der König ist ein Verlebens wie jeder andere; weshalb sollen wir mit ihm, wie mit jedem anderen Verlebens, verkehren?

Aber nun soll Genosse Lindemann noch ein weiteres erklärt haben. Nach der übereinstimmenden Meinung der Parteipresse soll er nicht nur Reichlich für den amtlichen Vermerk mit der Krone" erlaubt haben, sondern auch in der Ausübung der Kandidatur eine Kandidatur stattfinden. Es wird damit wohl nach keine Schwierigkeit haben. Denn inzwischen ist in der Stadt, was auch die bekannte Erklärung erfolgt, die eine weitere Diskussion vorläufig abgelehnt. Und in ihr wird jene Forderung Lindemanns nicht bestritten. So müssen wir wohl annehmen, daß er wirklich die „Repräsentationspflichten" im Falle seiner Wahl zu erfüllen gedenkt. Sollte ich mich irren, wird mir's um so lieber sein. Hoffentlich erfährt man in den nächsten Tagen, mindestens nach dem 12. Mai, Entschlüsse darüber.

Inzwischen müssen wir uns fragen: was ist das eigentlich für ein Ding, „Repräsentationspflichten"? Das fällt mir ein Tag ein, an welchem dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde, das Gehalt des Reichstagsers von 54 000 auf 100 000 Mark zu erhöhen. Das heißt, so was es nicht ausgedrückt, Weimehr sollte er für die Kosten der „Repräsentation" eine Zulage von 46 000 M. jährlich kriegen (wie das dann die bürgerliche Mehrheit auch bewilligt hat). Aber ich mich, aber ich damals nicht die gesamte Parteipresse mit blutigem Haß über diese famosen „Repräsentationspflichten" hergefallen? Das damals nicht die gesamte Parteipresse, die „Repräsentation" für einen Reichstag erklärt? Hat damals (am 31. Januar 1898) nicht im Reichstag Genosse Singer im Namen der ganzen sozialdemokratischen Partei erklärt: wir lehnen die Erhöhung der Kosten ab:

„weil nach unserer Meinung die Repräsentation des Deutschen Reichs nicht sowohl in rauschenden Festen gesehen werden kann, als vielmehr in der nachhaltigen und feinen Wahrnehmung der Interessen des Reichs und des Volkes."

Ich denke nun, was damals dem Reichstagsler recht war, das muß heute dem Stuttgarter Oberbürgermeister billig sein. Unter „Repräsentation" versteht man Festen, Feiern von Königs und Kaisers Geburtstag, prächtige Empfänge von auswärtigen Monarchen und Persönlichkeiten. Will Genosse Lindemann solche Dinge wirklich mitmachen? Will er, als Vertreter der Stadt, an jedem 25. Februar eine Geburtsstagsgratulation ins Stuttgarter Rathaus schicken und an jedem 27. Januar einen Teufel auf den Keller bringen? Will er, wenn etwa mal der Kaiser nach Stuttgart kommt, ihn feierlich empfangen und ihm die „ehrerbietigsten Glückwünsche der Stadt" zu Füßen legen? Will er zur Ausmäandung der Straßen bei solchen Gelegenheiten Zehntausende von Mark aus dem Stadtbudget beantragen, und vergleichen mehr ist? Mit einem Wort: das, was man allgemein unter „Repräsentation" versteht, ist nicht jeden sozialdemokratischen Empfinden und jeder sozialdemokratischen Lebenshaltung zueigen, und bedeutet noch überdies eine reine Verschwendung von Steuererträgen, die bisher von der Sozialdemokratie nicht sehr genug gebrandmarkt werden konnte.

Sehr wohl muß es so überaus selbstig anmuten, daß Genosse Lindemann sich solche Kränzlich in der Ausübung der Repräsentationspflichten erlauben haben soll. Und ebenso selbstig muß die Kandidatur der Kandidatur des Sozialdemokraten, die da redet von „Repräsentationspflichten, die einem Stadtoberhaupt innerhalb der heutigen Gesellschaftsverhältnisse nun einmal obliegen". — Nein, und tausendmal nein! Das ist ja eben, was die Sozialdemokratie auf das entschiedenste bestritt. Die alte Weimarer liberale „Mannesfeelen" war es, die sich zu solchen Kränzlich von Äußerlichkeiten herabwürdigt hat. Aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß solche „Pflichten" dem Stadtoberhaupt „nun einmal obliegen". Nur ein Mann ist nötig, aber ein wirklicher Mann, der so solchen entwürdigenden Zumutungen fast lächelnd nein sagt — und zwar ist es mit dem Spieß dieser angeblichen „Repräsentationspflichten" vorbei.

Ach hoffe deshalb und wünsche, daß unsere Stuttgarter Genossen bei der Wahl am 12. Mai der Sitz zufallen möge, und daß ihr Erwartung sich dann als der Mann an erweise, den wir Sozialdemokraten auf solchen Posten brauchen.

Zweit Genosse Vorchardt. Da die Stuttgarter Genossen in ihrem Organ werden einen klaren Bericht über die entscheidende Parteiverammlung erhalten haben, noch die Tageswacht die Parteioffiziellen beauftragt mitgeteilt hat, von deren Befolgung man die Oberbürgermeisterkandidaten entbunden, so bleibt die Partei völlig im Unklaren. — bis sie vor Falltagen stehen wird. Was jetzt hier ist und da etwas, von dem nicht steht, daß es stimmt. So wird's, B. der Chemnitzer Volkstimme aus Stuttgart ein Artikel geschrieben, in dem mit tabellos gewählter Darstellbarkeit folgendes über die Beschüsse mitgeteilt wird:

„Bei der einer Unternehmung unter gewisse Beschüsse der lokalen Parteioffiziellen, fuhr Lindemann in der Parteiverammlung fort, würde ihm die Ausübung des Oberbürgermeisteramtes unmöglich sein. Aber es ist nicht möglich, daß die Partei hier in Frage. Beide sind Produkte erhabter Vorkämpfer. Bei beiden sind zwei Faktoren, als einige Vermögenswerte gelegentlich eines Landtagsausfluges den Besuch im

Reichshaus der Solothurner mitgenommen hatten, über deren Opportunismus man geteilter Meinung sein konnte, war eine heftige Protestation gegen jede Veränderung sozialdemokratischer Vertreter mit dem Monarchen angenommen worden. In dieser unbedingten Abgrenzung war der Reichshaus verbleibt. Eine Unternehmung der Oberbürgermeisterkandidaten nur denken aber war unmöglich. Sie würde mit einem öffentlichen Beschüsse beantwortet werden sein. Wer sich um das Aus des Stadtrathes von Stuttgart bewirbt, kann nicht erklären, daß er dem König ausreichte werde. Unter den gegebenen Verhältnissen muß er die Pflichten der Repräsentation sowohl als die des persönlichen Ansehens erfüllen. Wollte das die Parteiverammlung nicht gestatten, so müßte sie von einer eigenen Kandidatur absehen, was zu der größten Meuterei geführt hätte, daß man aus „prinzipiellen" Gründen zur Wahl eines bürgerlichen Mandatanten gekommen wäre, dem natürlich nicht die geringsten Schranken für den Verkehr mit dem Spieß auferlegt werden könnten. Die gesunde Vernunft der Parteiverammlung kam zu dem Ergebnis, daß sie dem Genossen Lindemann vertrauensvoll die Freiheiten gewährte, die er für die Erfüllung der Repräsentationspflichten beanspruchte. Sie erlaubte ihm aber zugleich auch von einem zweiten Beschüsse, der erst vor kurzem nach aufgeregten Debatten gefaßt worden war, und wonach die Rathausvertreter die wichtigen Beschlüsse fassen, „soweit möglich", den Willen der Parteigenossen vorher einholen sollen. Wer je einer öffentlichen Körperschaft angehört hat, weiß, daß das schon für den Stadtrathesrat, Gemeinderat, Landtag oder Reichstagsabgeordneten unmöglich ist, geschweige für einen Mann in der Stellung des Oberbürgermeisters. Will man dem Parteigenossen den man für ein solches Amt vorgibt, nicht das nötige Maß von Vertrauen schenken, so muß man es ihm verweigern, Macht und Einfluß erheben zu wollen. In theoretischen Debatten mag das Bedrückte der vom Reichshaus erfüllten heiligen Kontrolle Weisung finden, — wenn die Rolle der Parteigenossen vor die praktische Entscheidung gestellt wird, dann fällt die tiefe Überzeugung. Nicht die Freiheiten, die die Stuttgarter Genossen ihrem Oberbürgermeisterkandidaten geben, erweiden Bedenken, sondern ebenmäßig ist, daß die Partei erst wieder unbrauchbare Beschlüsse aus dem Wege räumen muß, wenn sie vorwärts schreiten will auf ihrer jenseitigen Bahn.

Das muß man zweimal lesen, das was Maß von Gehalt zu bekennen, mit dem der Schreiber die Dinge darstellten kann. Er spricht von einem Besuch im Solothurner", anstatt von einem Substanzgang zum König; er meint, der Beschluß hätte „de Verbürgung" mit Monarchen verboten, anstatt das „selbständige" Ausgehen; er meint, Dr. V. könne doch dem König nicht „ausweichen", usw. usw. Nach dieser Vorbereitung kommt der löbliche Kopfschütteln, daß man die Parteiverammlung der Parteibeschlüsse aus „prinzipiellen" Gründen zur Wahl eines bürgerlichen Mandatanten genommen wäre. Der Schreiber mutet dem sozialdemokratischen Leser wirklich etwas starken Tabak zu. Nicht zur Verächtlichkeit auf die Kandidatur, sondern zur Minderleistung des Kandidaten würde es gekommen sein. Aber in Stuttgart will man eben die „Pflichten der Repräsentation" erfüllt und den „persönlichen Anstand" gewahrt sehen. Was der Schreiber unter „Repräsentationspflichten" und „persönlichem Anstand" alles rubriziert wissen will, bleibt dunkel. Die schlichten Verhältnisse des Genossen Vorchardt können, wenn die Mehrheit der Stuttgarter Genossen und Dr. Lindemann selber über „Repräsentation" usw. so denkt wie der unterrichtete Artikel-schreiber, gar bald zu der Wirklichkeit werden. Das die Parteigenossen in über solche Dinge vorher befragt werden sollen, hat man ja ebenfalls als lästiges Hindernis bereits „aus dem Wege geräumt".

Die Auskünfte der Kandidatur Lindemann scheinen sehr gut zu sein. Die Nationalliberalen, die bisher unbedingt an Vorkämpflager festhielten, verlusten ein Manöver und erklärten plötzlich ihre Bereitwilligkeit, für den früher von der Volkspartei vorgeschlagenen, aber abgelehnten Ministerialrat Sichel einzutreten. Die Volkspartei lehnte jedoch ab, da sie unterdessen nochmals für den Kandidaten Sichel entschieden und diesen nicht plötzlich preisgeben wollte. Waren die Nationalliberalen eher gekommen, dann wäre man bereit gewesen. Da der Ausschuss der Zentrumspartei inzwischen beschloß, hat den Zentrumshängern die Unterstützung des Nationalliberalen Vorkämpflager zu empfehlen, so bleibt es bei drei Oberbürgermeisterkandidaten.

Die Stärke der Parteien bei der letzten Bürgerauswahl im Dezember 1910 wird durch folgende Zahlen gegeben:

Sozialdemokratie	10 216 Wähler
Nationalliberalen	6 351
Volkspartei	1 131
Conservative	1 864
Zentrum	1 377

Den 10 216 sozialdemokratischen Wählern stehen also 13 937 bürgerliche Wähler gegenüber. Da aber schon die relative Mehrheit der Stimmen bei der Bürgermeistereiwahl entscheidet, so sind die Auskünfte, falls zum bürgerlichen Kandidaten bestehen bleiben, für uns sehr gut.

Zur Frage der Betätigung in eine Note unseres Stuttgarter Parteibüros über Dr. Lindemanns Kandidatenvermittlung interessant. Sie lautet:

„Es ist übrigens mehrfach bemerkt worden, daß Präsidium B. an dem von Lindemann in die Wahlen der Reichshaus unseres Kandidaten bewirbt. Es wird vielleicht nicht mit Unrecht angenommen, daß er nicht nur in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher anwesend war."

Politische Übersicht.

Halle a. S., den 11. Mai 1911.

Das Vorpiel preußischer Wahlrechtskämpfe.

Als ein Vorpiel zu den künftigen großen Kämpfen um das preußische Wahlrecht betrachtet die Junter die bevorstehenden Entscheidungen in der reichsständischen Verfassungsfrage. Der Reichshaus, der in seiner Zersplittertheit oft auspricht, was die Klügern konservativen Führer wohlweislich im Stillen überlegen, schreibt darüber:

Die ständischen Staaten haben eine schwere Verantwortung auf sich genommen, daß sie hier vor dem Waffensverfall (nämlich der Forderung des gleichen Rechts) kapitulieren. . . . Dem untauglichsten Verhalten derselben gegenüber war es eine besondere Pflicht der Reichsregierung, in der reichsständischen Verfassungsfrage einen möglichst abweichenden Standpunkt zu behaupten. Das muß die Mitglieder des Reichshaus schon mit Rücksicht auf die Interessen der Lebensinteressen Preußens tun. Denn ihr Verhalten hier war unmissbar von prinzipieller Be-

deutung für ihre zukünftige Stellungnahme zur preussischen Wahlrechtsfrage. Das sie in Elsaß-Lothringen zugehören, können sie ohne direkte Verhältnisse eine gesunde Lust auch in Preußen nicht mehr grundsätzlich verlieren. Soll aber das elsass-lothringische Vorpiel wirklich schon ein Reuepunkt sein für die zukünftige Behandlung der preussischen Wahlrechtsfrage, dann hätte man auch in Preußen bereits die Widerstandskraft gegen den demokratischen Massenwettbewerb verloren.

Also selbst der Reichshaus muß anerkennen, daß man den Preußen nicht verjagen kann, was man den Elsaßern zu geben bereit ist. In Elsaß-Lothringen handelt es sich aber nur darum, ob das gleiche Wahlrecht jetzt schon sofort eingeführt, oder ob es vorläufig noch durch das Schamuck eines lächerlichen „Vorkämpflerrecht" verbleibt werden soll. Auch in Preußen wird die Frage nicht anders gestellt werden dürfen. Dreifachwahlrecht, Pluralstimmen für „Reich und Bildung" können nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ohne weiteres eingeführt werden, oder ob den Wählern über 40 Jahre eine Altersstimmte zugestimmt werden soll. Und weil diese Frage jetzt bei der reichsständischen Verfassung zur Vorentscheidung gestellt ist, kann wirklich wahrheitsgemäße Parteien die Antwort nicht schwer fallen. Sie heißt: Heraus mit dem gleichen Wahlrecht jetzt für Elsaß-Lothringen, dann für Preußen!

Behandlungszwang für Ärzte.

Diese Frage wurde durch einen Antrag der Sozialdemokraten in den letzten Sitzungen der Kurpfuscherkommission des Reichstags behandelt. Es wurde darin genehmigt, in allen den Fällen, in denen nach dem Gesetzestextur nur Ärzte behandeln dürfen, den Ärzten die Verpflichtung zu versetzen, die Behandlung aufzugeben. Ferner forderte der Antrag: „Der Staat hat die aus dieser Behandlung den Erkrankten etwa entstehenden Schäden zu tragen. Die Behandelten haben Anspruch auf Erstattung des den Ärzten zuzurechnenden Honorars." Seine Begründung fand dieser Antrag in seinem ersten Teile aus den Bestimmungen der §§ 3 und 5, nach denen eine Reihe von Krankheiten nur von Ärzten behandelt werden dürfen und daß die Behandelten nicht approbierten Krankenbehörden der Gesundheitsverwaltung gemäßigten Vorkehrungen verhalten können. So hebt der Gesetzentwurf auf der einen Seite die Kurierfreiheit auf, schafft aber keinen Ausgleich dafür und gibt den Kranken nicht die Garantie, daß nur die Ärzte für die Einführung der Tätigkeit nicht Approbierten zu einem Vertrag verpflichtet werden. Das diese Garantiebestimmung aber unbedingt notwendig ist, beweisen die Ausführungen unserer Genossen zu diesem Antrag. An einer Reihe von Fällen sollte nachgewiesen werden, daß Ärzte die Behandlung von Kranken selbst in dringenden Fällen verweigerten.

An der Kommission wurde anerkannt, daß durch die Bestimmungen der §§ 3 und 5 ein widersprüchlicher Zustand geschaffen werden würde; der erste Teil des sozialdemokratischen Antrages fand allgemeine Zustimmung. Man wollte sich aber nicht für ihn erklären, sondern auf einen Antrag von konservativer Seite wurde die weitere Beratung und die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag ausgesetzt und man beschloß, die Regierung zu ersuchen, bei den Ärzten die Verpflichtung zur Krankenbehandlung in den Fällen stellen, die nach § 3 den nichtapprobierten Krankenbehältern verboten sind. Weiter sollen die Ärztefamilien einen Ausweg gegeben, der aus der widersprüchlichen Lage herausführt. — Ein Antrag, daß die Ärztefamilien eventuell auch die Gründe angeben sollen, unter denen sie die Einführung des Behandlungszwanges ablehnen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Dafür stimmten auch unsere Genossen.

Es bleibt nun abzuwarten, wie die Auskünfte der Ärztefamilien ausfallen, erst danach soll über den sozialdemokratischen Antrag entschieden werden.

Dreifassenhausearbeit.

Das preußische Dreifassenhause beriet am Mittwoch zunächst eine Vorlage zur Einführung des Oberverwaltungsgerichts. Es soll eine Kommission zur Untersuchung und Ausfertigung solcher Vorlesungen, die von einem Antrag von konservativer Seite wurde die weitere Beratung und die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag ausgesetzt und man beschloß, die Regierung zu ersuchen, bei den Ärzten die Verpflichtung zur Krankenbehandlung in den Fällen stellen, die nach § 3 den nichtapprobierten Krankenbehältern verboten sind. Weiter sollen die Ärztefamilien einen Ausweg gegeben, der aus der widersprüchlichen Lage herausführt. — Ein Antrag, daß die Ärztefamilien eventuell auch die Gründe angeben sollen, unter denen sie die Einführung des Behandlungszwanges ablehnen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Dafür stimmten auch unsere Genossen.

Dann wurde ein Gesetzentwurf beraten, der die Pflicht zum Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen auf einige weitere Provinzen ausdehnt. Der Landwirtheitsminister bezeichnete die Rückzahlung des Schulgeldunterstützung den Studierenden die der Staatsanwaltschaft und sprach sich gegen obligatorischen Religionsunterricht aus, da er dieses nicht Gegenstand zu staatlich-religiöser Erziehung sein werde. Ein Ministerialrat forderte im Namen einer Minorität seiner Fraktion die Einführung des Sonntagsunterrichts, da sonst die jungen Leute in die Wirtshäuser gehen würden, um dort Schnaps zu trinken. Die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts wurde nur vom Zentrum beantwortet. Schließlich ging auch diese Vorlage an eine Kommission. Nach Erörterung zweier kleinerer Vorlagen vertagte sich das Haus am Donnerstag, wo Anträge und Petitionen besprochen werden sollen.

Die „Medereform". Die Geschäftsordnungs-Kommission der Reichshaus hat ihre „Medereform" beendet. Es wurde beschlossen, daß auch Reichshaus von mindestens drei Mitgliedern auf ihren Antrag bei der Bildung der Kommissionen berichtigt werden sollen. Die Bestimmungen über die persönlichen Bemerkungen und über die Bemerkungen zur Geschäftsordnung wurden so eingeschränkt, daß es nicht mehr möglich sein soll, das um Wort gebachte Mitglieder in einer solchen Bemerkung erklären, was sie in ihrer Rede ausführen wollten. Es wurde auch für solche Bemerkungen die Vorkündigung ohne vorherige Warnung zur Sache zugelassen. Endlich wurde ein vorläufiger Antrag abgelehnt, nach dem Schlußanträge nicht zugelassen werden sollten, wenn sie nicht wenigstens ein Mitglied zur Sache gesprochen hätte. Diese Maßnahme, nach der nicht begonnene Debatten zu schließen, wird sich die Juntermehrheit unter Umständen gewiß geneigt zu machen wissen.

Deutsches Reich.

Der Bundesrat über die Reichslands. Aus Berlin wird gemeldet: Heber die Frage der Zusammenlegung der Ersten Kammer für Elsaß-Lothringen ist in den letzten fortgeführten „vertraulichen" Verhandlungen zwischen Regierung und Partei



führung eine Einigung zustande gekommen. Danach sollen sich in dieser Kammer befinden: Sechs Vertreter der Landgemeinden, zwei Vertreter der Bauernvereine und vier Vertreter der Handwerker, während der Ministerkongress ursprünglich drei Vertreter der Landgemeinden, ein Vertreter der Bauernvereine und drei der Handwerker vorgesehen hatte. Im übrigen ließ sich die Erste Kammer ganz nach dem Vorschlag der Regierung zusammen, das sind im ganzen 21 Mitglieder (gegen 18 Mitglieder des Entwurfs), zu denen noch ebenso viele vom Kaiser zu ernennende Mitglieder kommen.

Die Werbung besagt, daß man auf dieser „Grundlage“ der „Bereitsführung“ dazu kommen werde, daß auch die „Geschichten“ zustimmen.

— Zur Privatbeamtenversicherung. Die Regierung scheint jetzt den Gedanken aufgegeben zu haben, das Privatbeamtenversicherungsrecht nach im gegenwärtigen Reichstage zur Entscheidung zu bringen. Nach Mitteilung einer offiziösen beiderseitigen Korrespondenz ist der Entwurf vom Bundesrat noch nicht verabschiedet worden. Die ursprüngliche Absicht, die Vorlage gleich beim Zusammentritt des Reichstages einzubringen, sei nicht aufgegeben. Es scheint danach nicht mehr der Plan zu bestehen, das Gesetz in der Tagung bis Freitag überhaupt noch zur Beratung zu stellen. Nach einem Hinweis auf die Reichsversicherungsordnung, das Gesetz für die einkommensmäßige Versicherung und den deutsch-schwedischen Handelsvertrag heißt es in der Mitteilung: „Auf jeden Fall aber dürfte die Vorlage demnächst der öffentlichen Kritik unterbreitet werden, so daß in den kommenden Sommermonaten den beteiligten Kreisen ausreichende Zeit gegeben ist, zu allen Einzelheiten Stellung zu nehmen.“

Schweiz.

Sozialdemokratische Wählerliste in Basel.
Bei den im Kanton Baselstadt haltenden Bundesratswahlen und Grossratswahlen hat unter Partei einen prächtigen Sieg errungen. Es wurden 47 Sozialdemokraten in den Grossen Rat gewählt, vier mehr als demselben bisher angehört hatten. Die Freisinnigen dagegen verloren vier von ihren 39 Sitzen und die Liberalen fünf von ihren 54. Die Demokraten verloren den bisherigen Sitz; die Katholiken behaupteten ihre 17 Mandate. Bedauerlich ist nur der Erfolg der neuen reaktionären Bürgerpartei, die im ersten Ansturm sechs Mandate eroberte.

Die sozialdemokratische Fraktion bildet überlegen die stärkste Fraktion im neuen Parlament und von großem Interesse ist dabei die fortwährende Erklärung unserer Partei. 1906 hatte sie 38, 1908 45 und nun 1911 hat sie 47 Vertreter. Geht die Entwicklung so weiter in der Zukunft, so besteht die Aussicht, daß die sozialdemokratische Partei noch die absolute Mehrheit (60) im Grossen Rat erreichen wird.

In der Regierung wurden unsere bisherigen beiden Vertreter, Dr. Wulffschlaeger und Dr. Blocher mit 8016 bzw. 8421 und der unserer Partei nahestehende Dr. Mangold mit 10 694 Stimmen wiedergewählt, ebenso die Liberalen Czefer und Burkhardt, während die beiden Freisinnigen das absolute Mehr nicht erreichten und noch in der Stichwahl für ihre Ministerstellen ringen müssen mit einem Katholiken und einem Demokraten, die 2586 bzw. 2498 gegen 7111 bzw. 5503 freisinnige Stimmen erhielten. Die ehemals herrschende freisinnige Partei ist in unaufrichtiger Niedergang begriffen.

England.

Die Selbstreform der Lords.

Man schreibt uns aus London: Sie transit gloria mundi! Melancholische Gefühle mußten die geborenen Gefesgeber beschleiden, als ihr Führer, Lord Lansdowne, seinen mit Ingegnut erwarteten Plan der Reform des Oberhauses entwarf. Es war keine Liebestreibung, wenn Lansdowne selber resigniert erklärte, daß seine Vorlage dem Tausch der Lords, in der Gestalt, wie es bisher bestanden war, den Todesstoß befehle. Eine Körperpolitik, die noch vor wenigen Jahren der Welt Trost geboten hätte, wird jetzt von ihrem eigenen Führer aufgegeben. Selbstmord zu begehen. Denn auf nichts weniger läuft Lord Lansdownes Vorlage hinaus. Das Erblichkeitsprinzip, auf dem das Oberhaus bisher ausschließlich beruhte, wird danach fast gänzlich abgeschafft. Das neue Oberhaus soll nur aus etwa 350 Mitgliedern bestehen. Davon sollen 100 von den gegenwärtigen Peers aus ihren eigenen Reihen gewählt werden. Aber auch diese Gewählten müssen außer ihrem Geburtsadel noch andere wichtige Qualifikationen besitzen. Weitere 120 Oberhausmitglieder sollen von den jetzigen Mitgliedern des Unterhauses gewählt werden. Die Regierung des Tages soll nach bestimmten Regeln wieder 100 ernennen. Die Wahlen gelten für zwölf Jahre und aller drei Jahre soll ein vierter Teil der Oberhausmitglieder abtreten. Die Lords, denen diese Vorlage die Gesetzgebungsmacht nehmen will, hürten die Ausführungen ihres Führers mit erregter Anteil an, und da sie, im Gegensatz zu den Mitgliedern des Unterhauses, vorläufig weder von Ministern, noch von Exministern abhängig sind, so ist es noch sehr zweifelhaft, ob sie sich zu dem ihnen angedeuteten Selbstmord verstehen werden.

Der Vertreter der Regierung, Lord Morley, empfindt die Vorlage sympathisch, aber war mit ihr nicht ganz zufrieden.

Dem bei aller Selbstaufopferung sorgfältig Lord Lansdownes Plan doch dafür, daß die Ministerien unter allen Umständen eine Mehrheit im reformierten Oberhaus haben möchten. Und das ist es ja gerade, was die Liberalen verhindern wollen. Lansdownes Reformplan, meinte Lord Morley, könnte vielleicht nach der Verabschiedung der Reformvorlage als Grundlage für Verhandlungen dienen. Die Lords aber wollen die Reform natürlich nur als Ersatz für die Reformvorlage gelten lassen. Die Lords sind also wieder mit der Regierung, noch auch unter sich einig. Unter diesen Umständen wird der Reformvorlage Lord Lansdownes in ihrer gegenwärtigen Form schwerlich ein langes Leben beschieden sein.

Mexiko.

Die Revolution.

In den letzten Tagen hat sich die Situation in Mexiko wieder wesentlich geändert, und es besteht wenig Hoffnung auf baldige Beendigung des das Land zerschneidenden Bürgerkriegs. Der Kampf um die Stadt Juarez ist mit großer Heftigkeit und Erbitterung geführt worden und war sehr verlustreich. In der Stadt entzündeten sich verweisele Straßenkämpfe. Die Aufständischen drangen in die Hauptstraßen von allen Seiten ein, ohne sich um die Verletzungen zu kümmern. Die Verteidiger feuerten aus Fenstern und Haustüren. Der Kommandant ließ auf den Hauptstraßen und Kreuzungen Maschinengewehre aufpflanzen. Die Verteidiger zogen sich in die hügeligen Teile der Stadt zurück. Die Zahl der Toten wird bereits auf dreihundert geschätzt, darunter fünfzehn amerikanische Kämpfer. Ober General ist angezogen, sein Wahrscheinlich zur Zurückführung der Neutralitätsangelegenheit und die Anwesenheit von der Amerikaner fernhalten. Die Häuser von El Paso sind mit Schüssen angefüllt. Schließlich haben die Aufständischen Juarez in Brand geschickt. Da scharfer Wind wehte, griff das Feuer schnell um sich und war weitläufig zu sehen. Die Aufständischen setzten den Kampf fort. Die Stadt sieht an verschiedenen Punkten in Flammen. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist sehr groß.

Ausbreitung der revolutionären Bewegung.

Newport, 10. Mai. In Washington erfährt man aus den Konularberichten: Die Revolution greift anwachsend weiter um, nur zwei oder drei mexikanische Staaten seien noch ruhig. Eine Erhebung tritt von Oaxaca aus ein, wo Diaz seinen Neffen statt den populären Kandidaten Juarez zum Gouverneur ernannt hatte. Ein Senator forderte im Senate lebhaft eine Intervention. — Die Sun meldet, die mexikanische Regierung habe die Hoffnung auch längt aufgegeben und werde nun die Revolution um jeden Preis niederzuerwerfen versuchen. Die Befähigung einer weiteren Werbung von einem Friedensschluß mit den Rebellen des Staates Guerrero, der unter beträchtlichen Konzeptionen der Regierung zustande gekommen sein soll, wäre wichtig, da dann die meisten, die Stadt Mexiko umlagernden Infanterien aus Guerrero auseinander ziehen würden.

Aus der Partei.

Wie man uns behandelt.

Inser Dortmund unser Blatt schreibt: In der Behandlung unserer Kollegen in Berlin im Gefängnis zu Singen ist noch immer keine Besserung eingetreten. Er befindet sich seit Freitag in der dritten Woche in Haft und noch immer sind keine Anträge nicht entschieden. Er trägt auch noch immer Gefängnisstrafe. Man nimmt keinerlei Rücksicht auf seinen Beruf und daß das tägliche Lesen von Zeitungen für ihn eine Notwendigkeit ist. Er wünschte zwei bürgerliche Zeitungen zu lesen, hat aber bisher noch keine Nummer zu Gesicht bekommen. Es wird ihm eben alles abgelehnt. Als Lektüre werden ihm Schriften aus der Anstaltsbibliothek übergeben, seine eigenen Bücher werden ihm verweigert. Man beschlagnahmt ihm gegenwärtig die Anfertigung von Papieren für den Spruchhof, eine Arbeit, die monatlich, doch für drei bis fünf Wochen wickeln muß. Natürlich kann eine solche Behandlung nicht ohne Einfluß auf den Gesundheitszustand unseres Kollegen bleiben, und, wie wir hören, soll derselbe auch schon erheblich zu wünschen übrig lassen. Man läßt also den politischen Gefangenen wieder einmal die ganze Härte der preussischen Strafanstalt kosten, während man oft genug liest, daß ganz gewöhnlichen Verbrechern, Meinetwegen und Defraudanten usw. alle Vergünstigungen gewährt worden sind.

Die Erfurter Staatsanwaltschaft verweigert unaufrichtig.

Die Erfurter Staatsanwaltschaft hat unseren dortigen Parteiblatt, die Tribune, in letzter Zeit mit Strafzügen aller Art das Leben schwer zu machen versucht, sich dabei allerdings auch einige recht empfindliche Schlägen geholt. Vor kurzem wurden zwei angelegte Treibfahrebeleidigungen in Verbindung mit dem Vergehen gegen den § 153 der G. O. anhängig gemacht. In dem einen Falle konnte die Staatsanwaltschaft die Klage auf Grund des § 153 nicht aufrecht erhalten; dafür wurde wegen Beleidigung durch den Ausrunder „Austreiberdienste“ auf vier Wochen Gefängnis erkannt. Im zweiten Falle erhielt Genosse Bekold wegen Vergehens gegen den § 153 am Dienstag

ein Monat Gefängnis, trotzdem die als Zeugen der Staatsanwaltschaft geladenen drei Männer in der Hauptverhandlung den Zeugen anjurieren. In beiden Verhandlungen konnte festgestellt werden, daß die Klagen zur Klagestellung veranlaßt worden waren.

Eine internationale Sozialistenkonferenz.

Sie für den 26. Juli 1911 von den deutschen und österreichischen Sozialisten der Schweiz geplant. Die Zusammenkunft soll in Bern in der Schweiz stattfinden, als Premier wird bestimmt Dr. G. Carl Heller, als Sekretär Dr. Adolf Braun, Wien, Hermann Greulich, Zürich und ein italienischer Referent.

Gewerkschaftliches.

Die Bergarbeiterstreik im Nordwest.

Daurem noch immer an. Auf Jede Bergmann bei Bitter wird nun schon 9 Wochen gestreikt. Ein neuer Einigungsversuch ist gescheitert. Die Kommission machte den Vorschlag, auf alle Forderungen zu verzichten bis auf eine bestimmte Aufbesserung des Kohlengebendes und der Schichtlohn. Der Direktor erklärte, den Vorschlag annehmen zu wollen. Schließlich gab er die Erklärung ab, daß es sich jetzt um eine Nachprobe handle und die Befähigung auf alle Forderungen verzichten müßte, nicht wären sie ruhig weiter streifen. Er gebe nicht mehr nach und wenn die Grube verfaule. Mit allen gegen 7 Stimmen beschloß die Befähigung, den Streik weiter führen zu wollen.

Auf Jede 60 Tausend und Segen, wo wegen des doppelten Lohnunternehmens gestreikt wird, ist die Lage, obwohl auch hier schon 2 Wochen gestreikt wird, noch immer unverbessert. Als das letzte Mal die Kommission der Befähigung mit dem Direktor verhandeln wollte, warf ihr dieser vor, daß die Befähigung einen falschen Bericht erstattet zu haben. Die Kommission bestritt das und erklärte auf des Direktors Ansuchen zu widerrufen, dies nicht tun zu können. Darauf lehnte der Direktor ein weiteres Verhandeln mit der Kommission ab. Die Befähigung wählte eine neue Kommission, um Verhandlungen doch noch weiterzuführen zu können.

Der Kampf der englischen Buchdrucker.

Der Streik der englischen Buchdrucker ist, so weit die Provinz in Betracht kommt, beendet. Die Arbeiter haben in einer Abstimmung einen ihnen von ihrer Organisationsleitung zur Annahme empfohlenen Kompromißvorschlag mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Nach diesem Kompromiß, dem die Unternehmer ausgetreten haben, wird in Städten, wo bisher 52 Stunden wöchentlich gearbeitet wird, die Arbeitszeit von nun an 51 Stunden betragen. In Städten, wo jetzt 54 oder 55 Stunden gearbeitet wird, wird die Arbeitszeit jetzt um eine Stunde und im Mai nächsten Jahres auf 51 Stunden reduziert werden. In Städten, wo jetzt 51 Stunden und mehr gearbeitet wird, soll die Arbeitszeit auf 51 Stunden und in den beiden folgenden Jahren um je eine weitere Stunde reduziert werden. Ferner ist vereinbart, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht wieder gefordert werden darf, daß die 51 stündige Arbeitszeit in der Provinz nicht allgemein durchgeführt ist. — Komme also das unruhmreiche Kampfesjahr, die allgemeine 50 stündige Arbeitsmode in der Provinz vorläufig noch nicht erobert werden, so hat der Kampf den Arbeitern doch einen schönen Erfolg gebracht.

In London dagegen nimmt der Kampf um die sofortige Einführung der 50 stündigen Arbeitswoche seinen unermüdeten Fortgang. Die große Mehrzahl der Unternehmer hat die Forderungen der Arbeiter längst bewilligt. Nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Schachmachern leistet noch Widerstand und behält sich, so lange es geht, mit Streikbrochern. Bei der unermüdeten Kampfesfreude und der Solidarität der Arbeiter kann jedoch der schließliche Sieg nicht ausbleiben.

Wasserstände.

Ort	9. Mai	10. Mai	11. Mai
Katern, Brückenpegel	+0,48	+0,47	0,01
Niedra, Oberpegel	+2,04	+2,04	—
„ „ „ „ „ „ „ „	+1,36	+1,36	—
Weihenfeld, Oberpegel	+2,42	+2,42	—
„ „ „ „ „ „ „ „	+0,12	+0,12	0,04
Trotha, „ „ „ „ „ „ „ „	+1,66	+1,68	— 0,04
Miesden, Oberpegel	+2,35	+2,36	— 0,01
„ „ „ „ „ „ „ „	+1,22	+1,25	— 0,03
Bensburg, „ „ „ „ „ „ „ „	+0,59	+0,59	— 0,02
Kalbe, Oberpegel	+1,46	+1,49	— 0,03
„ „ „ „ „ „ „ „	+0,34	+0,48	0,14

Gise.

Ort	9. Mai	10. Mai	11. Mai
Dresden	-0,85	-0,78	— 0,07
Torgau	+1,19	+1,25	— 0,16
Wittenberg	+2,15	+2,21	— 0,16
Noskau	+1,46	+1,47	— 0,01
Wachau	+1,59	+1,57	— 0,02
Magdeburg	+1,38	+1,31	— 0,07

Verantwortlich für Zeitarbeiter, Politische Literatur, Parteipublikationen Paul Berning, für Ausland, Gewerkschaftliches, Neuigkeiten und Vermischtes Karl Wod, Volkes Wilhelm Koenen, Kronprinzliches und Verleumdungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Lebensmittel

Freitag — Sonnabend.

Salatgurken 28 Pf.

Leipzig, Allerlei 2 Dbd. 40 Pf.
 Brochbohnen 2 Dbd. 27 Pf.
 Kohlrabi 2 Dbd. 30 Pf.
 Reineclauden 2 Dbd. 65 Pf.
 Gem. Früchte 2 Dbd. 70 Pf.

Russ. Sardinen 25 Pf.
Anchovis 25 Pf.
Bismarckheringe 44 Pf.
Bratheringe 45 Pf.
Krahten 25 Pf.

Kakao rein 60 Pf.
Haushalt-Schokol. 58 Pf.
Faden-Nudeln 12 Pf.
Macaroni 12 Pf. Bot. 15 Pf.
Pflaumen 35 Pf.

Frischer Braunschweiger Spargel.

Sorte I . . ca. 10 Stangen 55 Pf.
 Sorte II . . ca. 20 Stangen 40 Pf.
 Sorte III . . ca. 30 Stangen 30 Pf.

Suppenspargel Bund 15 Pf.

Gebr. Kaffee 1/2 Bund 60 Pf.
Kater-Kakao 1/2 Bund 25 Pf.
Gries 18 Pf.
Reis 12 Pf.
Graupen 11 Pf.

Reiszahl 20 Pf.
Kartoffelmehl 13 Pf.
Puddingpulver 5 Pack 20 Pf.
Rote Grütze 4 Pack 20 Pf.
Saucen-Pulver 4 Pack 20 Pf.

Kl. Landschinken 1 Pf.
Schinkenspeck 92 Pf.
Rauchfleisch 72 Pf.
Schinkenwurst 95 Pf.
Th. Cervelatwurst 1 Pf.

Knackwurst 68 Pf.

Land-Leberwurst 48 Pf.
Rotwurst 48 Pf.
Eisbonbon 1/4 Bund 12 Pf.
Gem. Konfekt 1/4 Bund 8 Pf.
Gem. Bonbon 1/4 Bund 7 Pf.

Deutscher Reichstag.

171. Sitzung. Mittwoch, den 10. Mai 1911, mittags 1 Uhr. Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt bei § 249. Der Bestimmungen für die Zulassung besonderer Ortskrankenkassen enthält.

Verständlicher Abs. 2 (natl.); Es handelt sich ja nur um das Verschließen der besonderen Ortskrankenkassen.

Die §§ 250 und 251 werden unter Ablehnung der sozialdemokratischen Vorträge angenommen.

Wenn die Leistungen für die Dauer sicher ist. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens.

„Und ich“, brach sie aus, „ich sage dir, daß mich — ich mich nicht mit dem Menschen, der mir der liebste auf Erden ist, daß ich wollte, er solle mich Schicksal wieder an mich binden.“

fungsfähigen sind, ist falsch. Sie sind billiger als die Ortskrankenkassen, weil sie in gesundheitsförderlicher Weise nur erhaltendes Material aufnehmen, während die Ortskrankenkassen alle von den Betriebskräften Zurückgeworfenen aufnehmen müssen.

politische Gefahr. Hilfen. Das muß endlich zurückgewiesen werden. Die Arbeiter haben auch ohnehin Gelegenheit genug, sich politisch zu organisieren.

nur fünf Arbeiter dafür stimmen. (Sehr laut!) So gar vor Arglist schreit man nicht zurück, um Arbeiter um ihre lauter verdienten Ansprüche zu bringen.

Ich wieder unter mir! Ich sage dir — rief sie plötzlich leidenschaftlich. „Ichone den armen Hügelschlamm Vogel, der sich nur noch mit seinem letzten Flügelstich verbergen will!“

„Ich — schön!“ flüsterte er zerkümmert. „Ich, den es glückselig macht, hier zu stehen und zu sehen, wie du die Hände über mir rühst — deinen Spott hören — deiner Stimme zu lauschen — ist mich nicht weniger wert, als jeder Bergmann mit dir hier auf der Treppe wie eines tödlichen Träumers zu ermannen werde!“

„Es ist vorbei, Mathias — es ist vorbei!“ sagte sie dumpf. Sie hielt sich an dem Geländer fest, als ob sie sich vor dem Umfallen bewahren müßte und verschwand nach dem Gang hin in einer der Kaputtüren.

§ 250 bestimmt nach der Kommissionsfassung, daß bei Saisonbetrieben die Mindestzahl für die Errichtung einer Betriebskrankenkasse für zwei Monate mindestens vorhanden sein muß.

auf das Interesse der Großgrundbesitzer angefaßt, und gerade die Herren, die sich hier immer als Vertreter der Kleinbauern aufstellen, treiben leider die unverschämteste nachste Interessenpolitik für die Großen.

Abg. Negt r. (Sp.) wendet sich gleichfalls gegen den Paragrafen; eine Klasse von 50 Mitgliedern ist sicher nicht leistungsfähig.

Dies Spiel wiederholt sich in vielfältiger Variation noch einen Stunden lang.

Gewerkschaftliches.

In Stolp (Pommern) standen die organisierten Tischler in einem hartnäckigen Kampfe mit dem Unternehmern. Der Kampf dauerte monatelang, da es den Unternehmern gelang, Arbeitsmittel heranzuziehen.

Theorie vom Fall und den Asteroiden. Sie glaubte an seine große Zukunft und fuhr mit ihm in der goldenen Märchenluffe.

Er hatte Aufsehen erregt mit einer preisgekrönten Abhandlung über orientalische Philosophie und war einer der glanzvollsten und hoffnungsvollsten Jünglinge in der Studentenschaft.

„Und dann der Tag der Offenbarung, da der wirkliche Sachverhalt in all seiner Ausdehnung ihr zu dämmern begann. Sie glaubte und glaubte — hoffte und hoffte; sie schlich sich des Abends aus, um nach dem Riß in seinen Fenstern zu spähen und ihr armes Herz jubelte, wenn sie es leuchten sah.“

„Aber wenn er schwankend und taumelnd den Hofenforten hörte, war er nicht mehr wichtig. In kalter Bergeweisung schien es ihm dann, als hätte der Dahn über seine Schwärze und — seinen Verrat an Ellen.“

Stadt-Theater.

Verzeile. Schauspiel von R. Wolff. Musik von Karl Maria von Weber. Die große Entfesselung der einzelnen Denkfunktionen auf die Wahl des für einen sogenannten Besten bestimmten Sündes ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Es ist also bloße Vermutung, wenn wir von der Aufführung des Theaters, Emma's Räuber, annehmen, daß sie mehr für Sentimentale als für zwei Seiten einer großen Denkfähigkeit sind. Die beiden Hauptrollen sind in ihren Eigenschaften so verschiedenartig, daß sie nicht nur die Bühne, und am Mittwoch müßten wir uns in ihrer Eindeutigkeit ungläubig nahe und räuberische Gesichte von dem Hingewandlung ändern. Wenn sich die Darsteller des Räubers nicht mit allzu großer Liebe angenommen hätten und sich ihrer Aufgabe — mit höchster Unterordnung des Souffleurs — nicht recht ernstlich, so ist ihnen daraus kaum ein Vorwurf zu machen. Die blutigen Akte, die Georg Thies als invidioser und dramatischer Schöpfung mit artemischem Humor vom Stapel ließ und wodurch er wenigstens etwas Leben in die Wunde brachte, können uns doch nicht so ganz frei von Selbstironie zu sein. Maria Schöma ist als Verzeile ein ganzes Geschick, reifer und auch Dr. Paul Thydall ist ein sehr interessanter Mensch des lieblichmachenden Finglings vortrefflich. Durch laubere Behandlung der Verzeile und durch kraftvolles Spiel zeichnete sich Albert Friedrich in der Rolle des Hingewandlungsmanns aus, der allen Jünglingen der Welt Marie Thydall so manig bräutigam hat. Als Don Eugenio spielte Maria Schöma nicht nur die besten Rollen, sondern sie war auch diejenige, die in anderen Betrieben unterkunft haben oder abgerufen sind. Unter letzteren befinden sich zahlreiche Arbeiter, die keinen Verbänden angehören, jedoch das Ansehen der Grubenherren, zu Verrätern an ihren Arbeitsbrüdern zu werden, zurückgewiesen haben und vollkommen abgegriffen sind. So daß die Gesamtzahl der den Betrieben ferngebliebenen Arbeiter mit 6000 oder zu niedrig als zu hoch gegriffen sein dürfte. Die Zahl der sich zur Kontrolle meldenden Arbeiter hat sich erfreulichsweise von Tag zu Tag vermehrt.

Aus den Nachbarkreisen.

Zum Bergarbeiterstreik.

Die allgemeine Lage im Streikrevier hat sich am Mittwoch weiter ausbreitend. Die Streikenden verweigern, auch wenn sie auch annähernd die Zahl der Streikenden selbst stellen. In den einzelnen Streikreviers haben sich heute circa 5500 Streikende zur Kontrolle gemeldet. Dazu kommen diejenigen Kameraden, die in anderen Betrieben unterkunft haben oder abgerufen sind. Unter letzteren befinden sich zahlreiche Arbeiter, die keinen Verbänden angehören, jedoch das Ansehen der Grubenherren, zu Verrätern an ihren Arbeitsbrüdern zu werden, zurückgewiesen haben und vollkommen abgegriffen sind. So daß die Gesamtzahl der den Betrieben ferngebliebenen Arbeiter mit 6000 oder zu niedrig als zu hoch gegriffen sein dürfte. Die Zahl der sich zur Kontrolle meldenden Arbeiter hat sich erfreulichsweise von Tag zu Tag vermehrt.

Schon gestern haben wir gemeldet, daß die Polizei Polizei folgende auch die gabelnd in der Umgegend aufeinandergegangenen Verbänden alles aufwickeln um die Streikenden aus ihrer Ruhe und Besonnenheit zu bringen. Es fehlt uns an Raum, alle die geschwürigen Botschaften von Streikposten durch Postkassabote und Sendern zu registrieren. Wir wollen nur einige traurige Fälle herausgreifen: Am Mittwoch morgen gingen auf der am Zeiger Werke vorbeiführenden Kreischauffe zwei Streikposten ruhig auf ab. Polizeikommissar Thies und Polizeisergeant Heise eilte in verborden den beiden das Auf- und Abgehen; als sich die beiden nicht beugen und sich dem Werke wieder näherten, wurde der eine ohne weiteres von dem Polizisten zur Wache gebracht, der andere wurde notiert. Am Bahnhof in Zeitz werden alle Streikposten weggeführt, weil der öffentliche Weg, der zum Bahnhof führt, Eigentum des Staates sein soll; gerade das letztere Vorgehen der Zeitzer Polizei entbehrt jeder rechtlichen Grundlage, das Zeitzer Schöffengericht hat erst vor wenigen Monaten betont, daß die Streikposten einer derartigen unüberkündlichen Anordnung nicht zu folgen brauchen. — A roteberhamte Wandel tief in Deuben ein Gebarmen Streikenden zu. — In Zeitz verweigert der Gebarmen Jurcheit den Streikposten mehr wie zweimal, an derselben Stelle vorbeizugehen; nach seiner Meinung haben die Köpfe überhaupt kein Recht, Arbeitswillige anzurehen. Auch diesen beiden dürften die Streikposten nicht, so habe das halbesche Gericht entschieden. In verschiedenen Orten sind heute Streikposten ohne Grund verhaftet worden. Aber alle diese polizeilichen Maßnahmen werden die Streikenden nicht aus ihrer Ruhe bringen. Trotz der ruhigen Haltung der Streikenden läßt manches darauf schließen, daß man von Unternehmern gerne ein zweites Mal aussteigen lassen möchte, so hat der Inspektor Müller in Zeitz seinen Schreier nach einem im Magasin in Raabellerie Ausdruck gegeben. Nebenfalls sehen die Streikenden heraus, daß für sie alles auf dem Spiele steht, wenn sie nicht frische den Anweisungen der Streikleitung Folge leisten.

Die Verwaltungen lassen friedliche Verhandlungen ab.

Bei der Streikleitung ist am Mittwoch abend folgendes Schreiben eingegangen:

„Der Bergbauamt. Halle (Saale), den 9. Mai 1911. 3. No. 7813.

In Verfolg des mit am 6. d. M. mündlich vorgebrachten Gesuches, zur Verwirklichung einer Verhandlung zwischen den Vertretern der Arbeiter-Organisation und dem Zeitschiffen Braunkohlen-Industrie-Bereich in Angelegenheit der Bergarbeiterforderungen eine vermittelnde Tätigkeit aufzunehmen, habe ich mich hieselbst an den genannten Bereich gewandt und von diesem die Antwort erhalten, daß die beteiligten Bergbauunternehmer sich einmütig gegen die Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen entscheiden haben.

Unter diesen Umständen könne der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Bereich weder Verhandlungen einleiten noch meine Vermittlung dazu erbitten. Scharf.

Die Streikenden werden sich mit dieser Antwort abzufinden müssen, haben sie doch das Recht auf ihrer Seite. Selbst die bürgerliche Presse muß dies zum Teil anerkennen; so schreibt das „Wagener Zeitung“:

„Was wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, muß es bedauerlich werden, daß es so lange dauern muß. Es fragt sich, wer am längsten ausdauern kann. Die Arbeiter haben ihre Streikfäden, aus denen sie Unterfertigungen erhalten, die gar nicht unterdrücklich sind... einzelne Arbeiter erhalten fast ebensoviel Unterstützung, als sie verdienen haben.“

Ein besserer Beweis für die Berechtigung des Streiks läßt sich wohl nicht erbringen.

Stettiner-Auslieferung.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Stand bei nunmehr 9 Wochen währenden Auslieferung noch derselbe. „Streikbrecher“

Streikrevier — so tituliert die Allgemeine Streikleitung die Arbeitswilligen — sind nur in unerheblicher Weise zugekommen. Bis Anfang dieser Woche wurden 51 solche nützliche Elemente gemeldet. Allerdings kommen dann die Verträge und ungeliebten Arbeiter, die hellenweise als Streikbrecher bezeichnet werden, hinzu. Die letzteren werden jetzt von den Lehrlingen als Streikbrecher bezeichnet. Da nunmehr der Streikbrecher der Streikbrecher ist, so stellen man ziemlich hohe Anforderungen an die Anzahl der Streikbrecher. Würden die Lehrlinge und deren Überwachungsorgane die Unternehmer nicht befehlen, dann würden die letzteren nicht mehr ihren Herrschaftspunkt aufrecht erhalten können.

In Zeitz bei dem Beispiel bekommt es der Bürgermeister und der Bergbauamt starker fertig, die Streikposten, die sich nur ab und zu von der Herstellung der Arbeiterarbeiten überzeugen wollen, also durchaus nur in Wahrung berechtigter Interessen handeln, nicht nur von der betr. Baustelle, sondern sogar von ungelegerten Straßen zu verweisen.

Die Differenzen durch den Streikbrecher gestellten Anträge, die Differenzen durch ein absehbare Haltung einnehmen. Sie begründen ihren absehbaren Standpunkt damit, daß sie erklären, ihre wohlgegründeten Interessen nicht den Aufstellungen eines Schiedsgerichts ansetzen zu wollen. Da aber entgegenstimmig nur Berufspersonen als Schiedsrichter fungieren sollten, so kann doch von Zufälligkeiten überhaupt nicht gesprochen werden. Nachdem die Unternehmers die Vermittlung des halbeschen Gewerbegerichts sowie eines Berufsschiedsgerichts abgelehnt haben, ist klar geworden, daß es sich bei dieser Auslieferung nur um eine Streitprobe handelt, um die Zertrümmerung der Arbeiterorganisation. Einer der Hauptstreikmacher hat ja denn auch erklärt: Wir brauchen kein Schiedsgericht, wir sind es selbst!

Ein letzthin fortgesetzter Beiratskonferenz sowie Jubiläumserklärungen, die sich mit dem Angebot der Unternehmers, die Arbeit wieder zu den alten Bedingungen aufzunehmen, befehlen, haben in gleicher Abstimmung einstimmig beschlossen, den Vorschlag der Unternehmers abzulehnen und denselben nach wie vor zu empfehlen, die Differenzen durch ein Schiedsgericht erledigen zu lassen.

Zeitz. Ein jugendlicher Selbstmörder. Der 15-jährige Sohn des Zeitzer Gärtners, der in Wolmsdorf bei Zeitz handwerklich erlernt wurde, wurde am 1. Mai in Wolmsdorf erschossen, im Jahre zu reitigen. Am 2. Mai darauf wurde er dort erhängt aufgefunden. Was den jungen Menschen zu der unglücklichen Tat veranlaßt hat, ist noch unbekannt.

Sangerhausen. Entfallen am Dienstag morgen der Maurermeister Baumhau hier bei ihm befallene Gesellen. Da ein Arbeiter freiwillig den auswärts Geworbenen folgte, so hält der Meister mit einem ganzen Mann den Betrieb aufrecht. Als Grund kann nur angenommen werden, daß die vier Mann mit dem Geleitern noch am Abend vorher in der Schmelzstätte ein Glas Bier getrunken haben. Es ist dies das Stammlokal des Meisters, wo er zu manchen Stunden tagelange ansetzt. Die Maurer von Sangerhausen haben die Absicht, den Meistern einen Tarifvertrag vorzulegen, da dies aber noch nicht gelungen ist, kommt eine Auslieferung deswegen nicht in Betracht.

Halle. Schwärze Blätter. Nachdem unter den russisch-polnischen Arbeiter unruhig die Köden ausgebrochen waren, ist jetzt die Stadt Zeitz, der das Haus des Zeitzer Inspektors, sowie der Arbeiter Müllsch und ein Kind, die in dem Hause gewohnt hatten, an den idiosynkratischen Wintern erkrankt. So wird von den insigierigen Junken das bunte Volk verjagt.

Zeitz. Die Polizei und das Bergamt. Die hiesige Arbeiterschaft hatte im Laufe des 2. Mai ein Barmarkt eröffnet. Da am gleichen Tage der Bezirk des Arbeiterverbandes ein Beiratsrat nach hier unterzogen, wurde die Genehmigung zu einem Umzuge nachgefordert. Am 27. d. M. verlagten wir auf Grund von § 7 des Vereinsgesetzes die Genehmigung:

- a. Zu dem genannten Umzuge am Sonntag, den 7. d. M., nachmittags 2 Uhr und
- b. zur Abhaltung eines öffentlichen Versammlung am selbigen Tage, vormittags 11 Uhr unter freiem Himmel im Restaurant Königsbad.

Da hierzu keinerlei äußerer Anlaß (etwa wie im vergangenen Jahre, vorliegt, und bei den Tendenzen der Vereine § 6 Absatz 1 der öffentlichen Sicherheit zu gefährden sieht. Hieran kann auch die Mitteilung, am 29. v. M., daß der Bezirksverband einmütig eine Sommerausfahrt nach Zeitz veranstalte, nichts ändern, denn die einzelnen Ortsvereine können sich direkt in dem Verbandsrat Königsbad zusammenfinden. Es liegt keinerlei Grund vor, weshalb die Ortsgruppen sich erst am Füllweg, auf öffentlicher Straße, sammeln und alsdann nach dem Versammlungsorte geschickt sich bewegen sollten.

Auf diese „Begründung“ kann sich die Zeitzer Polizeiverwaltung einiges zugute tun. Was jedoch bürgerlicher Verein genehmigt wird, von den Arbeitern verweigert — von Nichts wegen. Es dürfte kein Verfaller dieses erst preislichen Kulturdokuments schwer fallen, den Nachweis zu führen, daß durch den Umzug die öffentliche Sicherheit gefährdet werden könnte. Vollständig überflüssig ist die den Arbeitern erteilte Erklärung gewesen, wie sie sich nach dem Barmarkt begeben sollen. Das, was der Polizeikommandant verweigern wollte, ist in weit besserer Weise vor sich gegangen. Da die 200 Arbeiter in geschlossenem Zuge nicht die Stadt verlassen dürfen, so führen sie nicht in gewissen Hinsichten Gefahr, da die Demonstration noch augenfälliger wurde. Mit dem Verbot der Versammlung hat die Polizei ebenfalls daneben gehalten. Es ist überhaupt kein Grund vor Genehmigung einer solchen eingeleitet, sondern der Polizei nur angezeigt worden, daß im Lokal Königsbad eine Versammlung stattfinden wird, die ebenfalls nach dem Garten verlegt werden würde. Der Herr Polizeikommandant scheint sich also den § 8 des Vereinsgesetzes nicht genügend eingedrückt zu haben, denn sonst müßte er wissen, daß nach dem klaren Wortlaut dieses Paragraphen eine Versammlung, die in einem geschlossenen Räume veranstaltet wird, nicht schon deshalb als Versammlung unter freiem Himmel anzusehen ist, weil sie in einem mit dem Versammlungsraum zusammenhängenden umfriedeten Hof oder Garten verlegt werden würde. Der Herr Polizeikommandant scheint sich also den § 8 des Vereinsgesetzes nicht genügend eingedrückt zu haben, denn sonst müßte er wissen, daß nach dem klaren Wortlaut dieses Paragraphen eine Versammlung, die in einem geschlossenen Räume veranstaltet wird, nicht schon deshalb als Versammlung unter freiem Himmel anzusehen ist, weil sie in einem mit dem Versammlungsraum zusammenhängenden umfriedeten Hof oder Garten verlegt werden würde. Der Herr Polizeikommandant scheint sich also den § 8 des Vereinsgesetzes nicht genügend eingedrückt zu haben, denn sonst müßte er wissen, daß nach dem klaren Wortlaut dieses Paragraphen eine Versammlung, die in einem geschlossenen Räume veranstaltet wird, nicht schon deshalb als Versammlung unter freiem Himmel anzusehen ist, weil sie in einem mit dem Versammlungsraum zusammenhängenden umfriedeten Hof oder Garten verlegt werden würde.

Waldow. Frauenversammlung. Samstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, findet im Hotel Hermann (irrtümlich gemeldet Hotel Waldow) eine öffentliche Frauenversammlung statt. Referat

von H. Gensoff. Garmisch-Berlin. Rege Beteiligung, hauptsächlich der Frauen, ist erwünscht.

Weglin. Unglücksfall. Am Sonnabend vormittag verunglückte der Arbeiter August Weinung dadurch, daß er in einem Zimmer einen Hahnenfuß. Es wurde ihm der rechte Arm zerkratzt, daß er nach dem Zerbrechen des rechten Armes gelähmt werden mußte, wo ihm der Arm amputiert wurde.

Zeitz. Ein Schuß ins Laue. Die hiesige Polizei ist nunmehr dem Beispiel der Raumburger gefolgt und macht gegen die Arbeiterjugend-Bewegung mobil. Dem Gensoff Peter fandte sie folgenden Schreiben an:

„Der hier seit längerer Zeit bestehende Jugendbildungsverein ist nach dem hinsichtlich seiner Betätigung gemachten Wahrnehmungen als ein politischer Verein anzusehen.“

Wir fordern Sie deshalb bei Vermeidung der Bestrafung aus § 18, Ziffer 1 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 (Reichsgesetzblatt Seite 151) fürbald auf, die Satzungen sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes sofort hierher einzusenden. Ebenso ist jede Veränderung der Satzungen, sowie jede Veränderung in der Zusammenfassung des Vorstandes binnen einer Frist von zwei Wochen nach dem Eintritte der Veränderung anzugeben.

Gehtelgültig machen wir bezüglich der Mitgliedschaft denjenigen politischen Vereinen, die die Teilnahme derselben an Veranstaltungen solcher Vereine auf § 17 a. a. O. aufmerksamen.

Der Jugendbildungsverein, dem Gensoff Peter angehört, hat sich längst selbst aufgelöst, damit der Polizei auch der letzte scheinbar sichtbare Grund aus der Hand genommen wurde, die Zusammenkünfte der Arbeiterjugend als politische Betätigung zu betrachten. Ein Jugendbildungsverein existiert in Zeitz überhaupt nicht. Die wachsame Polizei greift also vollständig in die leere Luft.

Wien. Aus dem „östlichen“ Gegenwartsstaat. Ein Handwerksbursche, welcher zuvor noch in den vor der Landesflucht Wien verlassen, während er sich auf dem Wege nach Wien befand, wurde in Wien bei der Einreise an einem Baum aufgehängt. Nach seinen Papieren ist er der 47-jährige Heiser Grundmann aus Urfurt.

Urfurt. Bedrohliche Saalabtreiber. In den Dörfern des Urfurter Landkreises wird es unter Gensoffen immer gemacht, Verammlungslokale zu erhalten. Selbst unpolitische Versammlungen werden dadurch unmöglich gemacht. So wurde vor kurzem in Mühlberg eine Annoncementsversammlung durch den Gensoffen der Gensoffen in Waidersleben dem Wirt die Abhaltung der Versammlung einfach verbot, ihm sogar mit dem Wirtverbot drohte, daß die Versammlung noch eine „verbotene sozialdemokratische“ sei. Am Sonntag wurde in einer Versammlung unter freier Leitung die Saalabtreiber protestiert; es wurde mitgeteilt, daß der Gensoffen die hiesige Kontinuum-Veranschaulichung des Landrats eingeleitet habe.

Allerlei.

Stadtesgesser Totschlag.

Ein Duell wurde am Mittwoch in früher Morgenstunden in der Nähe der Zeitzer Stadt bei Berlin zwischen dem Zeitzer Schiffer A. und dem Zeitzer Maler Wilhelm v. Gaffron und Obertradam und dem 25 Jahre alten Freiherrn Kwald v. Nidhofen, Sohn des verstorbenen Staatssekretärs und Referatsreferent in 2. Gardeulanz-Regiment. Ein zweites Kriegsgeschick fand v. Gaffron in die Draht getroffen in Zeitz. Er wurde tödlich verwundet. Am Morgen wurde er, er jedoch bald nach seiner Einlieferung starb. — Den Anlaß zu dem Duell, den ein Mädchenleben zum Opfer fiel, soll eine Geldsache gewesen haben, in der v. Nidhofen nicht die schönste Rolle gespielt hat. Die Freundschaft zwischen den beiden feindlichen Herren ging soweit, daß sie sich erst gegenseitig überfallen und dann einander vor die Rufe schickten. — Wegen den am Leben gebliebenen hochadeligen Totschlag Freiherr v. Nidhofen soll das Verbrechen bereits eingeleitet sein. Er wird, wenn es hochkommt, das Verbrechen eines Menschen in ein paar Monaten Stellung „lösen“ wenn man ihn nicht abends noch begnadigt. Haben sich die Zeitzer Arbeiter der ganz besonderen Günst der Justiz unseres Kaiserreiches zu erfreuen.

Theaterbrand in Ebingburg.

Das Varietheater Empire-Palast in Ebingburg ist ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer brach aus, als die letzte Nummer des Programms vorgeführt wurde, also ungefähr um 11 Uhr. Glücklicherweise gelang es, fast sämtliche Theaterbesucher unterlegt auf die Straße zu bringen. Schwieriger gestalterte sich dagegen die Rettung der Künstler, die sich im Ansehlennern befanden. Einige wurden ohnmächtig und mußten hinausgetragen werden. In fünf Minuten war das ganze Gebäude ein großes Flammenmeer. Die Ursache des Brandes konnte bisher nicht festgestellt werden, nach einer Version handelt es sich um einen Kurzschluss, nach einer anderen soll eine Lampe heruntergefallen sein. Soweit bisher festgestellt, befinden sich vier Leichen unter den Trümmern.

Nach einer späteren Meldung sind 10 Personen tot und viele verwundet. Unter der Gluthitze strakte der eiserne Vorhang mit furchbarem Knack alles zerstückt auf die Bühne.

Grubenunglück in Oberschlesien.

Durch einen Erdstößeinsturz auf der Konfidorgrube der Aktiengesellschaft Donnermarth wurden sechs Bergleute verunglückt. Nach angestellter Rettungsarbeit konnten drei Tote und ein Schwerverletzter zutage gefördert werden. Zwei jugendliche Arbeiter blieben unterlebt. Die Ursache des Unglücks ist angeblich auf eine Erderschütterung zurückzuführen, durch die das Kohlenfeld zu Bruch ging.

Maldräbe in Saase.

Eine große Feuerkatastrophe ist in den Saasen Nottferrn Maritoba und Staffingamalan ausgebrochen; die Waldungen dieses Gebietes stehen in Flammen. Der Brand wüthet namentlich auf beiden Seiten der Canadian Nottferrn Wäldchen. Mehrere Städte sind ernstlich bedroht, namentlich Zuphin und Sauerbrunn, letztere Stadt in Nottferrn Maritoba. Der Prinz Albert-Distrikt in Sauerbrunn mit seinem herrlichen Park bildet ein großes Flammenmeer. Große Quantitäten verrottetes Holz tragen zur Ausbreitung der Feuerbrennt bei.

Reines Mordel.

Seine Mutter. Seine Mutter ermordet hat der 26-jährige Goldarbeiter Held in Köln. Er legte ein Giftglas ab und erklärte, er habe von seiner Mutter 10000 Mark haben wollen. Als sie nicht meigerte, habe er sie mit einem Giftglas erzwungen. Der Mord wurde in der Zeitzer Zeitung bekannt. Der Zeitzer Beiratsrat löste und ihre Zustimmung auf Verhängung ihres Sohnes nicht geben wollte. — Auf dem neuen Flugfeld von Berlin bei Bristel wurde infolge eines heftigen Windstoßes eine im Bau begriffene eiserne Halle ein, wobei 3 Arbeiter verunglückt wurden. Einer von ihnen konnte nur als Schale geborgen werden, der andere verstarb auf dem Zeitzort nach dem Hospital. Dericholleten Dampfer. Das Hamburger Seemanns erklärte den Dampfer Valeria von der Bremer Reffen, der am 12. Oktober v. J. von Petersburg abging, für verunglückt. Das Schiff war seitwärts und nicht überfahret.

Einbruch in die Kirche. In die katholische Kirche zu St. ...
 nitz im oberirdischen Teile des Kirchengebäudes ein, zer-
 trümmerten das Tabernakel und stahlen eine Monstranz im
 Werte von 1200 Mk., sowie zwei kostbare Kelche mit den darin
 befindlichen Hostien. Unbekannte Täter drangen nachts in die
 Transeptfenster in Villen ein und raubten die Mon-
 stranz sowie verschiedene Silber- und goldene Kirchengeräte,
 darunter die die Kirche ergriffen. Von den Dieben hat man bisher
 keine Spur.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Letzte Nachrichten.

Sur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.
 Stuttgart, 11. Mai. Der Vorstand der Volkspartei be-
 rätlicht heute einen Aufruf zur morgigen stattfindenden Ober-
 bürgermeisterwahl. Es wird betont, daß von einem Eintritt für
 den Kandidaten der Nationalliberalen Regierungspartei aus-
 schlagend keine Rede sein könne. Noch vor heute die Volkspartei
 an der Kandidatur teil zu nehmen. Die Einigungsverhandlungen
 sind somit endgültig gescheitert.

Sandtagsbeschluss in Württemberg.

Stuttgart, 11. Mai. Bei der gestern im Oberstabsbesitz
 Leon 28 1/2 stattgefundenen Sandtagsitzung ist der sozial-
 demokratische Kandidat 2106 Stimmen, ein Bauernbündler 2425
 und ein Fortschrittler 1799 Stimmen. Es hat noch ein Wahltag
 stattzufinden. Der Sozialdemokrat erhielt gegen die vorhergehende
 Wahl einen Zuwachs von 521 und der Volksparteier einen
 solchen von 692 Stimmen, während der Bauernbündler den Verlust
 von 445 Stimmen zu beklagen hat.

Abendblätter der Redaktion vom 12.12.1912 1/2 128.

Sanella

Der Namenszug des Erfinders Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Oscar Liebreich in blauer Schrift ist das Kennzeichen jeder Originalpackung der einzig dastehenden Mandelmilch-Pflanzen-Margarine (SANELLA), welche unter dem Schutze des D.R.P. Nr. 100 912 allein von uns hergestellt wird.

In einschlägigen Geschäften erhältlich.

SANA-Gesellschaft m.b.H., Cleve.



Der extra billige Verkauf
 des **Albert Hammer'schen Warenlagers**

- bietet nie wiederkehrende Gelegenheit, zu **Spottpreisen** einzukaufen:
- Damenschürzen von 30 Pfennig an
 - Kinderschürzen von 25 Pfennig an
 - Damenhemden von 73 Pfennig an
 - Kinderhemden von 38 Pfennig an
 - Kinderhosen von 25 Pfennig an
 - Normalhemden von 98 Pfennig an
 - Herrenkragen von 28 Pfennig an
 - Krawatten von 25 Pfennig an
 - Bettbezug mit Kissen von 2,28 Mark an
 - Fertige Betten von 15,00 Mark an
 - Betttücher, weiss von 1,18 Mark an
 - Schlafdecken von 98 Pfennig an
 - Hauskleiderstoffe, dopp. breit, à Mtr. v. 42 Pfg. an
 - Frauenstrümpfe von 25 Pfennig an
 - Kinderstrümpfe von 18 Pfennig an
 - Herrensocken von 16 Pfennig an

Verkauf nur **Geiststraße 52.**

Nordsee.



Sehr billig
Riesen-Salzheringe 5
 Stück nur 4 Pf.
 4 Stück wiegen ca. 2 Pfd. Zugewand nur 55 Pf.
 Der Hering eignet sich auch besonders zur Bereitung von Saucissen.

Deutsche Dampfzucker-Gelellschaft „Nordde“
 Gr. Ulrichstr. 58.
 Telefon 1276.

! Rossfleisch !

Diese Woche wieder ff. Alles übrige wie bekannt und beliebt bei **A. Thurm, Rollstrasse 10.**

Total-Ausverkauf.

Einem verehrten Publikum von Madetweil und Dsendorf zur Nachricht, daß ich mein **Schuhwarengeschäft in Madetweil aufgabe.** Verkaufe daher meine anerkannt, guten Schuhwaren, um nicht damit zu räumen, **zum Selbstkostenpreise.** Wie wiederkehrende Gelegenheit! **Wilh. Wünschler.**

:: Bürsten, Besen, Pinsel, :: Oskar Hönicke,
Marktflaschen, Marktnetze, Wäscheleinen Nikolaistraße 4.

Pilo

das Beste aller Schuhputzmittel.

Streichfertige Oelfarben

in allen Farben, **Emaille-Lack** zu Deckern, Türen, Holz-Zusätzen, Kinderwagen, **Fußboden-Lackfarbe**, trocknet über Nacht glasartig, per Kilogramm 1,50 Mark, bei 5 Kilogramm 1,40 Mark, empfiehlt **Max Rädler, Farbenhandlung, Halle a. S., Mannischestraße 2.**

Photographie Benckert.

Gegründet 1856. 29 Gr. Ulrichstraße 29. Gegründet 1856. Preise für Glanzbilder: 12 Bild 3,00 Mark, 12 Bild 4,50 Mark, 12 Cabinet 6,00 Mark, 12 Cabinet 8,00 Mark, 12 Bistorta 4,25 Mark, 12 Bistorta 5,75 Mark. in bekanntester Ausführung und Haltbarkeit.

Sämtliche Parteischriften

empfehlen die **Verbandsbibliothek**.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Halle a. S. Zum nächsten Antritt wird für den Distrikt **Ammendorf 1 Hilfs-Kassierer** gesucht. Derselbe muß Mitglied des Verbandes und der Zahlstelle sein und zwei Jahre der Organisation angehört. Be-
 rechtigt wird auf einen Kollegen, der mit den Organisations-
 verhältnissen, dem Einfahren von Beiträgen und dem event.
 Ausschließen der Unterführungen vertraut sein muß, und imstande
 ist, kleinere Versammlungen selbstständig abhalten zu können.
 Bewerber lassen eine schriftliche Arbeit über die Aufgaben
 eines Hilfskassierers bis spätestens Mittwoch den 17. Mai, mit
 der Aufschrift **„Bewerbung“**, bei Unterzeichnetem einreichen.
Die Orts-Verwaltung.
 J. A. C. Kührs, Burg 22 1/2 H.

Silberhochzeits-Kränze

empfehlen **C.F. Ritter** G. m. B. H. Leipzig, Leipzigstrasse 99.

Damenbinden

Hartmanns **Gesundheitsbinden** A Dutzend von 70 Pfg. an, 10 Dutzend 10 Proz. Rabatt.

Vesta-Binden, Gerda-Binden

empfehlen **Bernh. Haeni** Schmeerstrasse 2.

Möbeltransporte

jeder Art befördert billig **R. Wehmann, Fernhardstr. 33.**

Arbeitsmarkt

Maurer

stellen ein **Janßen & Rethardt**, Bauarbeit, Grünstraße 20.

Arbeitsmarkt

stellen ein **Janßen & Rethardt**, Seydlitzstrasse 31.

Grand Prix
 Welt-Ausstellung in Brüssel 1910

„Smith Premier“
 die einzige Schreibmaschine mit deutscher Tastatur.



Grand Prix Paris 1900.

„Smith Premier“ ist die einzige Schreibmaschine, welche den Grand Prix sowohl Paris 1900 als Brüssel 1910 erhielt.

Smith Premier Typewriter Co.,
 Berlin W., Friedrichstrasse 62.

Vertreter: **Paul Krimmling,**
 HALLE a. S., Königstrasse 20.

Probieren und fordern Sie die Süßrahm-Margarine

Westfalenkrone mit Schokolade Schinken
 die **Pflanzenbutter-Margarine** mit ältester frei von Meyer-Ruhm Sahne Lippina tierischen verarbeitet Fetten und Sie werden anerkennen, dass Sie in diesen mit der ersten goldenen Medaille, Oktober 1910 mit der Staatsmedaille, ausgezeichneten Fabrikaten einen vollenwertigen Ersatz für Butter gefunden haben. Süßrahm-Margarine- und Pflanzenbutter-Fabrik **Hermann Meyer, Lippinghausen b. Herford.** Fabrik-Depot: **Wilhelm Meyer, Bitterfeld, Bismarckstrasse 17.**



Gelegenheitskauf!

ff. Bratheringe bei 10 Dosen 1,30 bei 5 Dosen 1,35
Otto Gottschalk, Grosse Ulrichstrasse 32.

Ueber Nacht hart trocknend

nicht nachbleibend - hoher Glanz und die Beständigkeit meiner **Reinsteinfussbodenlackfarbe** 7 Varianten. 1 kg 1,50, bei 5 kg 1,40 Mk. **Gustav Fuhrmann, Drogerie,** Reilstr. Nr. 5. Rabattparapharmazien. Telefon 1146.

Strohüte

Batisthauben L. Wäcker, Tragkleider kaufen Sie billig in **Max Berndorffs** Posam.-Weiss- u. Wollwar.-Geschäft - Gelellstr. 22.

Schul-Tornister, Tafeln, Federkasten, Rechenmaschinen, Zeichenblocks, Bleistifte, Lesebücher

u. S. W. u. S. W. zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/43. **50 Mark Belohnung.** **Altes Wanderer-Fahrrad** (No. 14 922) ohne Freilauf gestohlen.

H. Betts.

Halle a. S., Kronprinzstr. 2.